

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkaffe

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.  
Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigepaltene Zeitzeile oder deren Raum berechnet

### Die Preßluftkrankheit.

In der Industrie wird die Preßluft als Kraftfaktor zu allen möglichen Zwecken verwendet, wodurch die Handarbeit vielfach verdrängt wird. In Steinbrüchen und Bergwerken werden die Gesteinsbohrer und Schrämmaschinen durch Preßluft betrieben, desgleichen in Gesteinstruktionswerkstätten die Bohr- und Nietmaschinen, Stemmhämmer und Meißel. In Gießereien verwendet man Preßluft zum Feststampfen umfangreicher Gußformen und Pagen gegoffener Stücke mittels Sandschlagelöcher, in der Betonindustrie zum Stampfen von Zementplatten und Formrücken, in Steinmetz- und Bildhauerwerkstätten zur Bearbeitung von Steinen. Ebenso kann auf die Anwendung von Preßluftmaschinen und -schebezeugen verwiesen werden. Diese Arbeitsmethoden bieten für die Beschäftigten mehr oder weniger gesundheitsgefährdende Nachteile, wobei, wie bekannt, Gießergüßler und Nervenkrankungen nicht zu den Seltenheiten gehören. Die hier zu den verschiedenen Zwecken gebrauchten Luftkompressoren, Luftdruck- oder Luftpreßmaschinen, haben im Laufe der letzten Jahre vielfache Verbesserungen erfahren, die aber die gewerbliche Hygiene wenig berühren.

Größere Bedeutung hat auch die Anwendung der Preßluft im Baugewerbe und beim Straßenbau erhalten, so bei der sogenannten „pneumatischen Renovierung“ von Sandstein- oder Monumentalfassaden durch Sandschlagelöcher und bei der Ausführung von Bauten unter Wasser und im Gebirge. Wie in Bergwerken, so wird bei Gebirgsstunnelbauten die Preßluft zum Betrieb von Gesteinsbohrern, zur Ventilation und Lufterneuerung gebraucht und bei der Straßengestaltung als Schlag- oder Stoßkraft beim Rammen. Gesundheitliche Schädigungen zeigen sich auch bei diesem Bauverfahren für die Arbeiter und besonders auffällig bei Gründungen im Senkfallen oder Gaisson, in Laugergeländen und beim Tunnelbau, wo vermehrt Preßluft durch Verdrängung des Wassers ein Arbeitsraum (unter Wasser) hergestellt wird. Diese Art der Gründungen findet gewöhnlich da statt, wo, wie beim Bau von Strompfeilern, Gasen- und Tunnelbauten, wegen der tiefen Lage des Bauwerkes eine offene Baugruben unmöglich ist. Bei diesen Arbeiten ist dann unweidlich mit der Gaisson- oder Preßluftkrankheit oder, wie die wissenschaftliche Bezeichnung lautet, mit der „Decompressionskrankheit“ zu rechnen.

Die Luftdruckgründung (pneumatische Fundierung) ist im Jahre 1841 von dem Franzosen Triger erfunden und darauf einige Jahre später von dem Ingenieur Fughe bei der Brücke über den Medway bei Rochester in England zuerst angewandt worden. Wann dieses Bauverfahren zuerst in Deutschland zur Anwendung gekommen ist, darüber liegen keine zuverlässigen Angaben vor. Der hohle Körper, Gaisson oder Senkfallen (ein nach unten offener, an den Seiten und oben geschlossener Kasten), wird aus Eisen, Mauerwerk oder Holz hergestellt. Der Arbeiter wird durch die Luftschleuse in den Senkfallraum durch die Luftschleuse bewahrt. Die liegt entweder unmittelbar über oder unter der Erde des Senkfallkörpers, oder sie wird durch eiserne Pfeiler mit dem Gaisson verbunden. Eine Kraftmaschine (Dampfmaschine usw.) dient zum Betriebe der Druckluftmaschine, der elektrischen Beleuchtungsanlage, der Winden zum Auslösen der Fördergerüste und dergleichen. Die Druckluft wird durch eine Nöhre in die Arbeitskammer geleitet. Von der Luftschleuse oder Schleusenkammer tritt der Arbeiter in den Arbeitsraum und wieder zurück. Hier soll für den Körper der Luftdruckausgleich zwischen der Druckluft beim Eintritt oder Verlassen und der äußeren atmosphärischen Luft hergestellt werden. Deshalb verlangt dieser Raum die Anlage von Sicherheits- und Ablassventilen sowie zur Prüfung des Bestandes der Luft einen Manometer und einen Barometer. Die Arbeiter erhielten eine Anweisung, diese Einrichtungen zu handhaben.

Bei dem Mangel an Erfahrungen konnten diese rein technischen Maßnahmen nicht ausreichen, um Erkrankungen zu verhindern, und so wurde der wissenschaftlichen

Forschung Ursache gegeben, hierzu Stellung zu nehmen. Das so gewonnene Ergebnis und die öffentlichen Darlegungen über diese Krankheitserscheinung haben dann auch veranlaßt, daß in den letzten Jahrzehnten einige Regierungen gegen die vermeintlichen Krankheitsursachen mit gesetzlichen Bestimmungen eingegriffen haben. Soweit wir unterrichtet sind, hat die französische Regierung durch den „Erlaß, betreffend Schutz- und Gesundheitsmaßnahmen für Arbeiter in Druckluft, vom 1. Oktober 1913“ und die belgische Regierung durch den „Königlichen Erlaß, betreffend die Regelung der Arbeit in dem Druckluftkesseln, vom 15. Januar 1914“ den beruflichen Gesundheitsschutz der Bauarbeiter erweitert. Nach den Veröffentlichungen

### Zur Beachtung!

Am Jahreschluss werden alle noch im Besitz der Zweigvereine befindlichen Weitraanzmarken von diesem Jahre eingezogen. Zugleich werden für das nächste Jahr neue Marken in anderer Farbe ausgegeben. Es ist deshalb für alle Kollegen, die nicht durch das Nachleben andersfarbiger Marken dauern als Bummelanten gekennzeichnet sein wollen, dringend nötig, daß sie ihre Bügler umgehend in Ordnung bringen. Wir fordern unsere Vertrauensleute allerorts auf, die beitragsrückständigen Kollegen hierauf noch besonders aufmerksam zu machen und ihnen das Unangenehme des Nachlebens von Marken in andern Farben vor Augen zu führen.

der Tiefbau-Berufsgenossenschaft hat jetzt auch die deutsche Reichsregierung Veranlassung genommen, den Schutz bei Preßluftarbeiten durch gesetzliche Maßnahmen mehr zur Geltung zu bringen. Im Reichsamt des Innern wird zurzeit der Entwurf einer diesbezüglichen Bundesratsverordnung ausgearbeitet. Damit soll nicht gesagt werden, daß in Deutschland dahingehende Schutzvorschriften nicht bestehen. Es ist nicht zu vergessen, daß die Sozialgesetzgebung auch hier durch die Unfallversicherung fördernd eingegriffen hat. In den ersten Unfallversicherungsvorschriften der Tiefbau-Berufsgenossenschaft vom 4. Dezember 1889 sind entsprechend dem zeitigen Stand der Erfahrungen schon einige Schutzvorschriften enthalten. Danach soll in dem Senkfallen (Gaisson) ... für regelmäßigen und reichlichen Luftwechsel gesorgt werden. Arbeiter, die Herz- und Lungenfehler haben, an Mütandrang zum Kopf leiden oder bei denen die Verbindungsgänge zwischen Nase und Ohr verstopft sind, sollen von der Arbeit ausgeschlossen werden. Der einzelne Arbeiter soll höchstens acht Stunden in Preßluft arbeiten.

Dieses Gründungsverfahren kam dann in der folgenden Zeit auch in Deutschland mehr zur Anwendung, wodurch auch die damit verbundenen Krankheitsgefahren sich offensichtlich zeigen mußten. Die allgemeine Stellungnahme der ärztlichen Wissenschaft zu diesem Problem wurde auch dadurch, wie leicht zu verstehen, dringlicher. Auf dem Schiffahrtskongreß in Weisheit im Jahre 1898 waren es die Herren Dr. Keller, Dr. Mager und von Schrötter, die hier auf Grund von Untersuchungen einige Vorschläge machten, die zur Vermeidung empfohlen wurden. Diese Männer haben dann ausdrücklich empfohlen, diese Bestimmungen als notwendig anzusehen. Die wichtigsten Bestimmungen erklärt und veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Die Arbeit in komprimierter Luft kann bis zu einem Ueberdruck von fünf Atmosphären gestattet werden, doch sind in jedem Ueberdruck nur vollkommen gesunde Arbeiter im Alter von 30 bis 50 Jahren zuzulassen. Während der ganzen Dauer dieser Beschäftigung müssen die Arbeiter

unter ständiger ärztlicher Ueberwachung stehen. Die Ärzte müssen behörliche Autorität haben. Zum Zwecke rascher Hilfeleistung ist der ständige Aufenthalt, die Wohnungen der Arbeiter in möglicher Nähe des Bauplatzes zu konzentrieren, und bei einem Ueberdruck von 1,5 Atmosphären ist die Kasernierung nach hygienischen Bestimmungen durchzuführen. Großer Wert wird bei diesen Vorschriften auf die Art des sogenannten Ein- und Ausatmens gelegt. Am den Druckluftausgleich herbeizuführen, soll die Personenausschleuse in der gewissenhaftesten Weise mit einer Uhr, einem Manometer und einem Barometer ausgestattet sein. Die Handhabung haben besondere verantwortliche Personen zu überwachen. Für Leute, die an den Uebergang in komprimierte Luft gewöhnt sind, kann die Zeit des Einschleusens nach freiem Ermessen ohne weiteres verkürzt werden. Im allgemeinen wird aber doch empfohlen, für 0,5 Atmosphären Ueberdruck nicht unter 5 Minuten, 1,5 Atmosphären Ueberdruck nicht unter 10 Minuten, 2,5 Atmosphären Ueberdruck nicht unter 15 Minuten, 3,5 Atmosphären Ueberdruck nicht unter 20 Minuten herabzugehen. Die Dauer des Ausschleusens soll betragen bei 0,5 Atmosphären Ueberdruck 10 Minuten, 1,0 Atmosphären Ueberdruck 20 Minuten, 1,5 Atmosphären Ueberdruck 30 Minuten, 2,0 Atmosphären Ueberdruck 40 Minuten, 2,5 Atmosphären Ueberdruck 50 Minuten, 3,0 Atmosphären Ueberdruck 60 Minuten, 3,5 Atmosphären Ueberdruck 70 Minuten, 4,0 Atmosphären Ueberdruck 80 Minuten. Die Dauer der Arbeitszeit in komprimierter Luft braucht an keine bestimmte Zeit gebunden und mit steigendem Luftdruck nicht notwendig verkürzt zu werden. (7) Die Arbeit kann auf eine oder zwei Schichten, auf zwei vierstündige oder eine einmalige sechs- bis achtstündige Schicht, verteilt werden. Dem Arbeiter soll innerhalb des Tages mindestens einmal eine freie Zeit von acht Stunden ohne Unterbrechung zur Ruhe bleiben. — Zur Beleuchtung der Schleusen und des Arbeitsraumes, Gaissons oder Tunnel, darf nur elektrisches Licht verwendet werden.

Um eine Ansammlung von Kohlenäure in gesundheits-schädlicher Menge zu verhindern, ist für eine entsprechende Erneuerung der Luft durch Ventilation Sorge zu tragen. Dasselbe ist auch erforderlich bei Fundierungen oder Bohrungen in einem Boden mit verwesenden Substanzen, im Schlamm usw. Kälte (Austwurf und Abstoß) sind mit dem ausgehobenen Material sofort auszuschleusen. — Für die Behandlung von Ohnmächtigen und Schenotenen sind Sauerstoffbomben vorrätig zu halten. Die verdichtete Luft soll auch nicht über 18 Grad Celsius erwärmt werden.

Im Jahre 1898 hat auch das Reichsmarineamt in den Unfallverhütungsvorschriften für alle Betriebe der Kaiserlichen Marine ebenfalls, Sicherheitsvorschriften für Preßluftarbeiten“ veröffentlicht, die sich allgemein den Vorschriften des Brüsseler Kongresses anschließen. Beachtenswert ist das Folgende. Die Arbeiter müssen kräftige, wenig bühende Speisen genießen; der Genuß geistiger Getränke vor und während der Arbeit und auch das Rauchen in verdichteter Luft ist verboten. Bei Gründungen in unordentlichem Boden muß die verbrauchte Luft künstlich abgeführt werden. Andernfalls sind von Zeit zu Zeit Prüfungen über den Kohlenäuregehalt der Luft im Arbeitsraum anzustellen. Als Kleidung sind den Arbeitern ein leichtes wollenes Hemd, wollene Weste und Strümpfe sowie wasserdichtes Schuhwerk zu empfehlen. Nach beendeter Schicht sollen die Arbeiter noch vor dem Ausschleusen wärmere Ueberkleider anziehen. Gegenüber den Brüsseler Beschlüssen erhält hier die Arbeitszeit eine beträchtliche Abkürzung und eine mehr ruhige Fassung. Die Arbeitszeiten sollen betragen: bis etwa 2 Atmosphären Ueberdruck zweimal täglich 4 Stunden, von 2 bis 2½ Atmosphären zweimal täglich 2 Stunden, von 2½ bis 3 Atmosphären zweimal täglich 2 Stunden, von 3 bis 3½ Atmosphären zweimal täglich 1 Stunde.

Für unsere Betrachtungen ist bei den Vorschriften des Brüsseler Kongresses und bei denen der Kaiserlichen Marine der starke Hinweis auf die Notwendigkeit des Schutzes gegen die Ansammlung von alky vieler Kohlenäure im Arbeitsraum sehr beachtenswert. Wer werden sehen, wie im



weiteren Verlauf für die Krankheitsgefahr eine andere Ursache mit maßgebend wird. — Bei Beginn des Jahres 1902 wurden von der Tiefbau-Vereinsgesellschaft die „Abgeminderten Unfallverhütungsvorschriften“ herausgegeben, worin diese Materie in zwölf Paragraphen neu geregelt wurde. Diese Verbesserung war eine sehr abgeschwächte Wiedergabe der Vorschriften der Marineamt's. Wie leicht zu verstehen, ist die Dauer der täglichen Arbeitszeit und der Arbeitsstunden für die Gesundheit der in Pressluft Beschäftigten von weitgehendem Einfluß. Nach den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften (§ 41) sollen die Arbeitsstunden in der Regel betragen: Bei etwa 1 Atmosphäre Ueberdruck täglich nicht über 10 Stunden, von 1 bis 2 Atmosphären nicht über 8 Stunden, von 2 bis 2 1/2 Atmosphären nicht über 7 Stunden, von 2 1/2 bis 3 Atmosphären nicht über 6 Stunden. Diese Angaben sind ausschließlich der Zeit für Ein- und Ausschleusen zu verstehen. Nach § 44 sind hierfür in der Regel folgende Zeiten zu verwenden: Für je 1/10 Atmosphäre Ueberdruck bis 1 1/2 Atmosphären 1/2 Minute, bis 2 Atmosphären 3/4 Minute, bis 2 1/2 Atmosphären 1/2 Minute, bis 3 Atmosphären 1 Minute. Nach dieser so ganz eigenartigen Zeitbemessung würden bei 1 bis 1 1/2 Atmosphären Ueberdruck 7 1/2 Minuten, bei 2 Atmosphären Ueberdruck 13 Minuten, bei 2 1/2 Atmosphären Ueberdruck 20 Minuten, bei 3 Atmosphären Ueberdruck 30 Minuten zu verwenden sein. Abgesehen von dem geringen Inhalt der berufsgenossenschaftlichen Arbeiterfürsorge bei Pressluftarbeiten zeigen die wichtigsten Bestimmungen noch eine sehr bedauerliche Mängelhaftigkeit. Diese Vorschriften sind dann in den folgenden Jahren in Deutschland maßgebend geblieben.

Eine Wendung zum Besseren ist erst in neuerer Zeit durch die Studien der Herren Wissenschaftler wie Boycott, Lamant, Jurek und Halbane erfolgt. Ganz besonders ist durch den Bau des Eblunnetts St. Pauli-Steinwärders in Hamburg in den Jahren 1907 bis 1910 viel Material durch die Mediziner Dr. Laufenstein und das Ehepaar Dr. Bornstein durch ihre Untersuchungen nach wissenschaftlicher Methode mit Menschen und Tierexperimenten zur Begründung der Pressluftkrankheit beigetragen worden. Dieses Material und die sich daraus ergebenden weiteren Resultate gaben dann auch die Veranlassung, daß sich der Zweite internationale Kongress für Rettungswesen im September 1913 in Wien recht eingehend mit dieser Frage beschäftigten konnte. Als bekannt darf wohl angenommen werden, daß die frühere Zentralkommission für Bauarbeiterfürsorge im Januar 1910 an den Herrn Senator Dr. Schröder ein Schreiben mit dem Ersuchen richtete, „auch die Bauteilung des Tunnelbaues zu veranlassen, nach einer Zahl von Vorfällen ihre Erfahrungen zu den Pressluft-erkrankungen durch eine druckschriftliche Veröffentlichung bekanntzugeben“. Das wurde vom Senat durch ein Schreiben des Wasserbauamts zugelegt. (Siehe Bericht der Zentralkommission für 1907 bis 1909, Seite 353.)

Leider ist das Material nicht ganz so bekannt geworden wie zu erwarten gewesen wäre. Aber immerhin ist uns durch diese Baubehörde ein Einblick in die Literatur der vorgenannten Werke ermöglicht worden. Jedoch ehe wir darauf eingehen, sei hier voraus das Folgende gesagt: Um uns als Laien den Zusammenhang der Krankheitsursachen und der wissenschaftlichen Erforschung klarer und verständlicher erscheinen zu lassen, sei auf die bekannten elementaren Befehle über die Gasbestandteile der atmosphärischen Luft hingewiesen, wonach diese aus einem Teil Sauerstoff und vier Teilen Stickstoff bestehen. Genau berechnet enthält diese Luft an Sauerstoff 20,08 pZt., an Stickstoff 79,92 pZt. und an Kohlenstoff 0,04 pZt. Nach andern Untersuchungen ist der Stickstoffgehalt etwas geringer. Dem entsprechend kommen hier noch einige Bruchteile Wasserstoff zu den stofflichen Bestandteilen der Luft in Betracht. Dagegen enthält die sogenannte Expirations- oder Ausatemungsluft durchschnittlich an Sauerstoff 16,08 pZt., an Stickstoff 79,59 pZt. und an Kohlenstoff 4,38 pZt. Der Stickstoff kommt in der atmosphärischen Luft stets mit Sauerstoff vermischt vor und ist zu unserm Leben unentbehrlich. Stickstoff ist aber ohne Sauerstoff zur Einatmung gefährlich und würde den Erstickenstod herbeiführen. Der Sauerstoff als wichtiges Lebenselement wird also durch den Stickstoff gewissermaßen verdünnt. Welche Gefahr bei dem längeren Aufenthalt in Pressluft für die Arbeiter durch Kohlenstoff und durch die übermäßige Einatmung von Stickstoff entsteht, zeigte das Resultat der ärztlichen Forschung. Nach dem Vortrage des Dr. Wagner auf dem zweiten Internationalen Kongress für Rettungswesen in Wien „... hat die Luft im Caïsson relativ dieselbe Zusammenstellung wie die normale Atmosphäre, das heißt, sie enthält prozentual die gleiche Menge der Hauptbestandteile, Sauerstoff, Kohlenstoff und Stickstoff, nur die absolute Menge dieser Gase ist in der Raumeinheit eben entsprechend dem Grade der Kompression der Luft vermehrt. — Die Atmungsluft im Caïsson enthält bei einem Ueberdruck von 2 Atmosphären in 20 m Wassertiefe dreimal soviel Sauerstoff, Kohlenstoff und Stickstoff wie die normale Atmungsluft außerhalb des Caïsson's. Nun ist es bekannt, daß Sauerstoff und Kohlenstoff bei der Atmung eine chemische Bindung erfahren, während Stickstoff nur in der

Flüssigkeit und in den Geweben rein absorbiert wird. Bei der Dekompression (Aussteigen), beim Nachlassen des Luftdruckes, wird nun der in den Geweben und im Blute nur absorbierte Stickstoff in Gasform frei und erzeugt Eindrungen in der Blutgürtelung und Gewebsschädigungen, die zu den Erscheinungen der Pressluftkrankungen führen.“ Hierzu ist noch zu bemerken, daß als „Ueberdruck“ bei diesem Arbeitsverfahren der Luftdruck anzusehen ist, der über das Maß des normalen Druckes der uns umgebenden atmosphärischen Luft hinausgeht. Der mechanisch erzeugte sogenannte Ueberdruck ist also eine gewalttätige Aktion gegen die Natur des Menschen.

### Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1914.

In Nr. 46 des „Correspondenzblattes“ wird die Uebersicht über den Stand der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1914 gegeben. Die Uebersicht besteht, wie alljährlich, neben dem Text aus einem umfangreichen Tabellenwerk, das allein schon ein Zeichen der ungebrochenen gewerkschaftlichen Kraft auch während des Krieges ist. Bei Beginn des Krieges, so sagt das „Correspondenzblatt“ mit Recht, habe wohl niemand erwartet, daß es möglich sein werde, nach einjähriger Kriegsdauer gewerkschaftliche Statistiken herauszugeben. Den Gewerkschaften sei die Anpassung an die durch den Krieg veränderten Verhältnisse in solchem Maße gelungen, daß ihr Bestand gesichert sei und sie auch für die äußerst kritische Zeit der ersten Monate nach dem Kriege gerüstet sein werden.

Um den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften wenigstens einigermaßen deutlich zu machen, wird außer der Uebersicht für das ganze Jahr auch eine solche für das erste und zweite Halbjahr gegeben. Die Zusammenfassung dieses umfangreichen Materials war nicht leicht. Waren doch bis zum Schluß des Jahres 1914 in den Verbänden 502 Angestellte zum Fernendienst eingezogen. Zu der Zeit, als die Zusammenfassung des Materials für die Gewerkschaftstatistik erfolgte, hatte sich diese Zahl wahrheitsgemäß verdoppelt. Dazu kommt das große Heer der nicht besoldeten Funktionäre, deren Zahl nicht festgestellt worden ist. Das „Correspondenzblatt“ erinnert an den Idealismus, der in dieser Tätigkeit für die Verbände steckt; es erinnert ferner daran, daß dort, wo für die einberufenen Funktionäre nicht Ersatz geschaffen werden konnte, vielfach Frauen von Mitgliedern die Arbeiten für die Organisationen übernahmen. Diese Tatsachen hätten doch endlich, so sollte man meinen, mit dem Märchen auf demselben sollen, daß die gewerkschaftliche Organisation das Werk besagter Angestellter und Agitatoren sei. Es wird aber zum Beweis dafür, daß dieses Märchen auch heute noch verbreitet wird, an die Ausführung der „Deutschen Arbeitsgeberzeitung“ erinnert, die in ihrer Nr. 89 von diesem Jahre folgende Sätze bringt:

„Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberchaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind ganz im Gegenteil zu den Arbeitern die eigentlichen Hauptkonstanten der Sozialdemokratie, und sie haben meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus den Taschen ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Düngeleiung solcher Leute aus Unkenntnis des Mittelwerts und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einteilen sollten.“

Das „Correspondenzblatt“ tut diese Mißpöpselhaftigkeit mit folgenden Worten ab:

„Die Gewerkschaftsfunktionäre gegen solche Angriffe in Schutz zu nehmen, hiesse, sich auf ein gleiches Niveau stellen wie die Unternehmer, deren Organ solche Auslassungen bringen darf. Wenn auch die gewerkschaftliche Bewegung eine naturnotwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktion ist, so muß doch gesagt werden, daß ihre äußere Ausdehnung und innere Festigung zum großen Teil das Werk jener Funktionäre ist, die in diesen Jahren auf ein fünfzigzwanzigjähriges Wirken in ihren Verbänden zurückblicken können. Ihrer Uneigennützigkeit, ihrer Opferwilligkeit ist es vielfach zu danken, daß die ersten keime gewerkschaftlicher Organisation nicht unter dem Druck der Unternehmer ersticken, die jede selbständige Betätigung der Arbeiterklasse als eine Verletzung der Heiligkeit des Kapitalprofites ansehen. Daß mit dem Erlernen der Gewerkschaften die Organisationsarbeit von den leitenden Personen neben ihrer beruflichen Erwerbsarbeit nicht mehr verrichtet werden konnte, daß eine Organisation mit 2 1/2 Millionen Mitgliedern, für die Werbungsarbeiten von fast 90 Millionen Mannen bedarf, ist für vernünftige Menschen selbstverständlich. Gewisse selbstverliebte Arbeiterorganisationen während der Kriegszeit, dem Beweis erbracht haben, daß sie geradezu unentbehrlich sind. Es ist auch kaum möglich, in der Zeit des modernen Kapitalismus sich ein Staatsgebilde auszumalen, in dem es neben den Verbindungen der Unternehmer keine Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten gibt.“

Das „Correspondenzblatt“ erinnert dann an die soziale Arbeit der Gewerkschaften während des Krieges: an die Unterstützung der Arbeitslosen, an die Gründung von Arbeitsgemeinschaften zur Beschaffung neuer Arbeit und der Auf-

rechterhaltung der Betriebe, an die Arbeiter- und Arbeitervermittlung, an die Unterstützung der Kriegersfamilien, an die fortgesetzten mündlichen und schriftlichen Eingaben an die Behörden in Reich, Staat und Gemeinde zur Regelung des Konsums und Gerabdrückung der Nahrungsmittelpreise, an die Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. Alles das hat wesentlich dazu beigetragen, die außerordentlich schwere Lage der Arbeiterchaft während des Krieges zu erleichtern und ihre vielfachen Leiden ein wenig zu mildern.

Die Entwicklung der Gewerkschaften im Berichtsjahre ist aus nachstehenden Zahlen zu ersehen: Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (außer den Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten am Schluß des Jahres 1914: 1 485 428 Mitglieder, gegen 2 498 959 im Vorjahre. Bis zum Jahresabschluß waren 748 551 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust von rund 300 000 Mitgliedern. Ein Teil davon wird noch auf Konto der Einberufungen zu setzen sein, die den Verbänden nicht gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche Gebietsteile, besonders der Russen im Osten, wurden ferner eine Anzahl Zweigvereine völlig zerstört, und an vielen kleineren Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unterbunden worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte plötzliche Störung des Wirtschaftslebens hat wohl einen starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von 11 707 auf 10 980 zurück.

Von den größeren Verbänden hatten einen Abgang an Mitgliedern einschließlic der Eingezogenen: Metallarbeiter 292 000, Bauarbeiter 157 800, Transportarbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900, Bergarbeiter 43 100, Legalarbeiter 36 100, Zimmerer 28 400, Maler 22 800, Buchdrucker 20 700 und Brauereier und Mühlenarbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Abgang an Mitgliedern nicht so hart hervor. Es hatten die Zentralverbände 1913: 2 548 763 und 1914: 2 052 377 Mitglieder, darunter 208 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 386 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obgleich sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,9 auf 9,9 pZt. In den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die Mitglieder der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5649 und 17 740 Mitglieder hatten.

Auch die gegnerischen Organisationen, zu denen die Christlich-Sozialen Gewerkschaften und die Christlichen Gewerkschaften zählen, unterlagen in der gleichen Weise wie die Zentralverbände den Wirklungen des Krieges. Die Gewerkschaften gingen von 106 618 auf 77 749, die christlichen Gewerkschaften von 342 785 Mitgliedern auf 282 744 zurück. Prozentual betrug der Abgang gegen das Vorjahr bei den Zentralverbänden 19,5, bei den Gewerkschaften 27,0 und bei den christlichen Gewerkschaften 17,5 pZt. Diese drei Gewerkschaftsgruppen zählten 1914 zusammen 2 412 870 Mitglieder. Für die „unabhängigen Vereine“ liegen für 1914 noch keine Angaben vor.

In hervorragendem Maße machen sich natürlich die Wirklungen des Krieges auf die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften geltend. Hierbei ist die Teilung der Statistik bei den Zentralverbänden in die beiden Halbjahre von hohem Werte. Bei den gegnerischen Organisationen fehlt leider diese Gliederung. Die Zentralverbände vereinbarten 1914 insgesamt M. 70 871 915, M. 11 133 626 weniger als im Vorjahre. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen M. 37 717 308, auf das Mitglied M. 15,18, im zweiten Halbjahr dagegen nur M. 27 519 395, auf das Mitglied jedoch M. 16,78. Absolut war die Einnahme im zweiten Halbjahr um 10 Millionen Mark geringer. Noch deutlicher kommt die Kriegszeit in den Ausgaben zum Ausdruck. Die Ausgaben aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf M. 79 547 272, auf das Mitglied M. 33,76. 1913 wurden dagegen nur M. 74 904 962, also 4,6 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur M. 32,99. Im vollen Umfang läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß. Es wurde vorausgalt:

Ver der Unternehmung	Im 1. Halbjahr		Im 2. Halbjahr		1914 zusammen	
	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied	absolut	pro Mitglied
Für Arbeitslose	7764882	3,12	15920006	9,68	23718902	11,56
„ Kranke	8205956	3,20	2430833	1,48	10795912	5,30
„ Unterhaltungs- u. Wohlfühlkosten	367879	1,4	2855916	1,74	3457391	1,69
„ Betriebsausgaben	4004765	1,61	1128927	0,68	5216741	2,54
„ Werbungsorgan	1309969	5,3	782176	4,6	2079049	1,01
„ Agitation	1511974	6,1	918252	5,6	2563198	1,25



Provinz gibt es noch Klassenlöhne; aber das Entgegenkommen des Arbeitgeberbundes ging nicht einmal so weit, daß er seinen Mitgliedern empfahl, nur die Löhne der höchsten Lohnklasse zu zahlen. Viele Unternehmer haben bei Besandenslauten und Festlegung der Kriegszulagen erhalten, für die Arbeiter wurde aber knapp der Tariflohn gezahlt. In den Orten, wo unsere Organisation nicht die Kraft hat, Lohnabjagen zu wehren, haben die Unternehmer sogar die Tariflöhne gekürzt. In Posen gab sich der Vorsitzende des Tarifamtes, Schulrat Radomski, Mühe, eine Sitzung zusammenzubringen. Auch das war bei den Unternehmern vergebliche Mühe. So viel hat uns der Vorgang gezeigt, daß die Unternehmer der Provinz Posen nur der Macht gehorchen.

Original ist die Antwort, die der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Peine und Umgegend auf eine Eingabe unserer Kollegen erteilt hat. Sie lautet:

Auf Ihre Eingabe vom 2. dieses Monats erwidern wir Ihnen, daß die Erhöhung der Löhne beziehungsweise Gewährung von Zulagen in heutiger Zeit einfach dahin führen würde, daß die wenige Bauarbeit, die jetzt vorhanden ist, ganz eingehen wird. Es soll nicht verkannt werden, daß Schwierigkeiten vorhanden sind; aber bestehen diese Schwierigkeiten nicht für alle Menschenklassen? Jeder Krieg ist von wirtschaftlichen Schwierigkeiten begleitet, nicht allein der Arbeiter selbst darunter, sondern noch vielmehr der Geschäftsmann. Aus dem Grundlag heraus: lieber beschiedenen Verdienst haben als gar keinen, bitten wir die Arbeiter, durch Forderung höherer Löhne die vorhandene Arbeitsgelegenheit nicht unmöglich zu machen. Wir müssen daher volles Verständnis für unsere abnehmenden Standpunkt erwarten.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Peine und Umgegend, Sitz Peine.

Der Vorstand: Krutz.

Wir: „alle Menschentassen“ haben während des Krieges unter Schwierigkeiten zu leiden. Für jene Bauarbeiter, Spekulanten und Kriegslieferanten, denen jetzt die Gewinne nur so im Schlafe zufließen und die zum Teil Dörbenden in dreifach veracher Höhe der Friedensdividenden verteilen können, bestehen wohl die Schwierigkeiten in der durch das Couponabschneiden vermehrten Arbeit? Die Unternehmer sollten doch solche lächerlichen Mänschen unterlassen! Im übrigen ist auf die Antwort des Arbeitgeberbundes von Peine zu erwidern, daß dort Privatarbeit fast gar nicht vorhanden ist. Fast alle vorhandenen Arbeiten werden für das Ferner Holzwerk und die Zieher Hütte ausgeführt. Das sind Werte, die schon in Friedenszeiten fast im Gelde erstickten und die jetzt infolge ihrer Herabsetzungen wohl ganz besonders große Leber-schmerzen haben. Daß diese Werte bei Gewährung einer Zulagenzulage für die Bauarbeiter keine Arbeit mehr machen lassen würden, glaubt dem Arbeitgeberverband in Peine der stärkste Mann nicht.

Daß der Bezirksarbeiterverband für Thüringen die Bewilligung von Zulagen abgelehnt hat, haben wir bereits in voriger Nummer vermerkt. Hier mag dazu noch folgendes nachgetragen werden: Unserer Erörterung Bezirksleitung war bekannt geworden, daß der Bezirksarbeiterverband auf Sonntag, den 31. Oktober eine größere Sitzung nach Erfurt einberufen hatte, die sich mit den an mehreren Orten geforderten Zulagen beschäftigten sollte. Er hat deshalb unter Benutzung des Beschlusses der Intendantur vor Sitzungen dieser Sitzung in einer Besprechung mit dem engeren Vorstand des Bezirks versucht, auf diesen einzuwirken. In dieser Besprechung haben die beiden anwesenden Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberbundes zu, daß die Zulagen ein-erhöhung des Lohnes bedingend, und es schien auch so, als ob sie in irgend einer Form vorziehen würden, nach dieser Richtung hin etwas zu tun. Der Vorsitzende wies sofort an der Hand der Galmeier'schen Statistik die ganz bedeutende Erhöhung der Lebensmittelpreise selbst nach. Am Schluß verpackt man unsern Vertreter, ihnen den Beschluß dieser Bezirksleitung sogleich am anderen Tage zu übermitteln. Dieses ist auch geschehen. Die Mitteilung lautet:

Erfurt, den 1. November 1915.  
An den Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirk Thüringen, zu Händen des Herrn Frey.

Der Gesamtvorstand des Bezirksarbeiterverbandes für das Baugewerbe für Thüringen hat in seiner gestrigen Sitzung nach eingehender Beratung beschlossen, die Anträge auf Bewilligung einer Zulagenzulage abzulehnen; der Standpunkt, den in dieser Angelegenheit der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes eingenommen hat, muß auch von einem Zweigverein festgehalten werden.

Um aber den Arbeitnehmern ihren bisherigen Arbeitsverdienst möglichst zu erhalten, wird er seinen Mitgliedern empfehlen, da wo möglich, vor allem beim Innenausbau, die verfallenen Winterarbeiten bis zur normalen Arbeitszeit zu verlängern.

Der Vorstand des Bezirksarbeiterverbandes für das Baugewerbe für Thüringen, e. V. ge.: Walter, Vorsitzender.

In der Sitzung des Bezirksverbandes hat also der Bundesvorstand über die vernünftigen Elemente gestimmt. Interessant ist nun die Begründung für diese Stellungnahme, die nicht vom Vorstand des Bezirksverbandes, sondern vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Jena gegeben wird. Dieser hatte auf eine Eingabe unserer Kollegen Zulagenzulage erst nach der Sitzung des Bezirksverbandes beantwortet (S. 384). Er fandte dann am 4. November eine Antwort, in der die ablehnende Haltung des Thüringischen Bezirksverbandes ausführlicher begründet ist als in dessen eigener Antwort. Wir lassen sie deshalb hier folgen:

Unser Bezirksarbeiterverband hat sich am Sonntag mit den vernünftigen Elementen der Anträge auf Zulagenzulagen sehr eingehend beschäftigt. Obwohl von keinem

der Anwesenden die durch die allgemeine Zulagenzulagen hervorgerufene schlechte Lage der Bauarbeiter verkannt wurde, kam die Befürchtung jedoch nach reiflicher Erwägung zu dem Entschluß, daß der vom Bauarbeiterverband vorgeschlagene Weg zur Erreichung von Zulagenzulagen für uns nicht gangbar sein kann; und aus diesem Grunde stellte man sich auf den Standpunkt, welchen die Vorstandsschaft des Deutschen Arbeitgeberbundes in seinen früheren Erklärungen vertreten hat.

Bei den Gründen, welche zur Ablehnung führten, wurde insbesondere auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Durchfuhrung von Zulagenzulagen seitens der Bauherren entgegenstehen. Wenn auch schließlich von der Firma Feß, der Gemeinde und dem Staat die teilweise, vielleicht auch volle Erfüllung der Wünsche des Bauarbeiterverbandes zu erwarten wäre, so dürften sich aber unsererseits diesen Wünschen bei den privaten Bauherren ungemein große Schwierigkeiten entgegenstellen. Die ganze Sache hätte aber nur dann einen Zweck, wenn Ihre Vorlage auf der ganzen Linie Erfolg hätte. Daß dieses durchzuführen aber nicht zu erreichen ist, davon sind wir — angelehnt an die verständigste Auffassung, die in Baugewerkreisen Ihrem Antrag entgegensteht — völlig überzeugt. Es würde infolgedessen eine ungleiche Lohnhöhe entstehen, die zu einer ganz Reihe von Schwierigkeiten und Differenzen führen müßte; denn angelehnt an den Mangel an Arbeitskräften würden diejenigen Arbeitgeber, denen von ihren Bauherren Lohnzulagen nicht erteilt würden, ihre Arbeiter verlieren, indem diese dahin gehen würden, wo die höhere Lohnzahlung besteht.

Der einzige Vortrag, den wir Ihnen von unserer Seite aus machen können, ist der, daß versucht werden könnte, da wo es sich um große Opfer erreichen läßt, die Arbeitszeit im Winter auf die normale auszu-dehnen.

Diese Antwort zeigt deutlich, wie sich der Thüringische Bauarbeiterverband dreht und windet, um eine neue Ausrede für die Ablehnung der Zulagenzulagen zu finden. Den Grund, daß er bei den Bauherren kein Entgegenkommen gefunden habe, hat ihm die Kommandantur in Cassel mit dem in Nr. 46 des „Grundstein“ veröffentlichten Schreiben aus der Hand geschlagen. Diese Behauptung zu wiederholen, traut er sich nicht. Auch daß die Firma Feß und die Gemeinde kein Entgegenkommen zeigen würden, mag er aus guten Gründen nicht zu behaupten. Aber zu was sind denn die privaten Bauherren da? Doch nur dazu, damit man von ihnen das gleiche behaupten kann, was man vor einigen Wochen noch von den militärischen und andern Behörden behauptet hat! Wenn der Arbeitgeberverband ehrlich sein wollte, dann müßte er sagen: Wir lehnen die Gewährung von Zulagenzulagen ab, weil wir wollen, daß unsere Mitglieder die ihnen aus den gewährten Preissteigerungen zustehenden Gewinne voll und ganz in die eigene Tasche stecken. Aber zu dieser Ehrlichkeit kann sich Arbeitgeberbund nicht aufschwingen.

### Zulagenzulagen im Rheinland.

Nachträglich haben wir aus unserm rheinischen Bezirk folgenden Bericht über die Bewilligung von Zulagenzulagen bekommen.

Im Aachener Gebiet ist die Arbeitsgelegenheit sehr schlecht; Zulagenzulagen waren deshalb hier nicht zu erreichen. Im Zweigvereingebiet Wannen-Elberfeld liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Schwereverband bergischer Baugewerbetreibender Betriebe lehnt jede Zulage ab und verweist auf die Beschlüsse des Bundesverbandes des deutschen Arbeiterbundes und Akkordarbeit. Das lehnen unsere Kollegen ab. Im Panner Gebiet zahlen vier Unternehmer 2/3 die Stunde, ein Unternehmer 2/4 und vier Unternehmer 1/3, fünf Unternehmer 1/4 und zwei Unternehmer 1/5 die Stunde Zulagenzulage. Bei diesen Unternehmern ist die übergroße Mehrheit der dortigen Bauarbeiter beschäftigt. Im Koblenzer Gebiet werden fast gar keine Bauarbeiten ausgeführt. Ein großer Teil unserer Mitglieder arbeitet in der Küstungsindustrie. Im Baugewerbe war bis jetzt eine Zulagenzulage nicht zu erreichen. Im Rhesfelder Gebiet sind Verhandlungen über die Gewährung einer Zulage in der Schwebe.

Alle Bemühungen, den Rhein- und Arbeiterbund zu Verhandlungen über die Gewährung einer Zulage zu bewegen, scheiterten. Herr Thiemann, der Bezirksvorsitzende des Rheinischen Arbeiterbundes, lehnte konsequent die Verhandlungen darüber ab unter Hinweis auf die Beschlüsse des deutschen Arbeiterbundes. Unsere Kollegen haben aber nicht locker gelassen. Das Ergebnis ist bis zum 15. November: zwei Unternehmer mit 26 Arbeitern zahlen 2/3 die Stunde, zwei Unternehmer mit 20 Arbeitern 2/4, ein Unternehmer mit 25 Arbeitern 2/5 die Woche, ein Unternehmer mit 100 Arbeitern zahlt für Bergarbeiter 1/3 und für Unverarbeitete 1/2 die Woche, vier Unternehmer mit 422 Arbeitern zahlen 1/3 die Woche und ein Unternehmer mit 40 Arbeitern zahlt täglich eine Stunde mehr als gearbeitet wird. Insgesamt erhalten 654 Kollegen eine Zulagenzulage. Der Zweigverein (sch) täglich in den Zeitungen Maurer und Hilfsarbeiter zu tariflichen Löhnen mit einer Zulagenzulage von wöchentlich 1/3. Er ist aber bis jetzt nicht imstande, der Nachfrage nach Arbeitskräften zu diesen Sätzen zu genügen. In einer Versammlung des Arbeiterverbandes wurde der Vortrag gemacht, eine Zulagenzulage zu gewähren; die kleinen Unternehmer, die meistens keine oder nur wenig Arbeit haben, wehrten sich dagegen und überstimmten die Großfirmen. Wir sind von den Firmen, die die oben mitgeteilten Zulagen bewilligt haben, gebeten worden, ihre Namen nicht zu veröffentlichen, weil sie Strafmaßnahmen, die der Arbeitgeberbund angebroht hat, fürchten. Wir hoffen, in den nächsten Tagen eine weitere Anzahl Unternehmer zur Bezahlung einer Zulage bringen zu können.

In Essen waren alle Verhandlungen ergebnislos, die wir mit dem „Westdeutschen“ führten. Ueber die eingeleiteten Verhandlungen hierüber ist bereits im „Grundstein“ berichtet worden. Unsere Essener Kollegen mußten sich aber zu helfen. In Einzelverhandlungen mit den Baufirmen erreichten sie, daß 15 Unternehmer eine Zulage von 3/4 die Stunde an 527 Beschäftigte zahlen. In drei Geschäften mit 93 Arbeitern wird eine halbe Stunde täglich mehr bezahlt als gearbeitet wird, und eine Firma zahlt an 15 Beschäftigte die Woche 1/3 Zulage. Nachträglich wird berichtet, daß von den oben erwähnten 15 Geschäften mit 527 Beschäftigten jetzt zwei Firmen mit 88 Leuten den Tag eine Stunde mehr vergütet als gearbeitet wird.) Unsere Arbeitsnachweise können täglich Maurer mit 8/4 Aufschlag auf die Stundenlöhne in Arbeit bringen. Bemerkenswert mag noch werden, daß auch die Firma Krupp, die vor dem Krieg wesentlich unter dem tariflichen Stundenlohn bezahlte, jetzt nicht nur die Tariflöhne, sondern noch Aufschläge dazu bezahlt. Bei Krupp arbeiten viele Hundert Bauarbeiter. In Düssel-dorf zahlt ein Unternehmer für Maurer 3/4 und für Hilfsarbeiter 2/4 die Stunde Zulagenzulage. In Müllheim (Ruhr) zahlt eine Firma an etwa 100 Beschäftigte 1/3, vier Firmen mit 155 Arbeitern zahlen 2/4 die Stunde Zulage. In Sterkrade zahlt eine Firma 1/4, in Dinslaken eine Firma 3/4 die Stunde Zulage. Es kommen in Sterkrade 30 und in Dinslaken 25 Arbeiter in Betracht. Im Neusscheider Gebiet vertriehen sich die Unternehmer bis jetzt unter den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes, während in Solingen eine Versammlung der Unternehmer am 9. Oktober beschloß, 3/4 Zulagenzulage zu zahlen. Dieser Beschluß wurde dann nachträglich durch Ausschreiben dahin korrigiert, daß die Hilfsarbeitern nur 1/2 Zulage zu zahlen sei. (In Solingen ist die Differenz zwischen Maurer- und Hilfsarbeiterlohn 3/4, während in den benachbarten Gebieten 10/4 Differenz sind, darauf führen die Unternehmer ihren nachträglichsten Beschluß zurück.) Im Düsseldorf-Gebiet gelang es auf einer größeren Arbeitssitzung, wo bisher 3/4 unter dem Düsseldorf-er Lohn gezahlt wurden, den Stundenlohn zu erreichen. Im übrigen lehnt der Arbeitgeberbund jede Zulage mit Berufung auf den Bundesvorstand ab. Jeder mehr gesagt werden, daß unsere Kollegen bis jetzt sich wenig bemühen, den Unternehmern eine andere Auffassung beizubringen, dafür schimpfen dann einige in den Versammlungen über den Verhandlungsstand und die Bezirksleitung; das ist leichter und sieht radikal aus. Hoffentlich befinden sich die Kollegen bald eines Besseren.

### Der Massenstreik geht um.

Seit circa 16 Monaten sind die menschlichen Augen der ganzen Welt auf die europäischen Kriegsschauplätze gerichtet. Tagtäglich die Nachricht erwartend, daß das graulose Ringen zu Ende sei, hatten die Verwandten und Freunde des Augenblicks, da sie die zurückkehrenden Kämpfer in der Heimat begrüßen können. Es ist erklärlich, daß in dieser Zeit der fortwährenden seelischen Spannung mancherlei Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben des Volkes der allgemeinen Aufmerksamkeit entgegen, die sonst das ganze Volk beherrscht bewegt hätten. Die Vorgänge auf dem Gebiet der Leben-mittelversorgung, die Regierungsmaßnahmen zur Verhütung übermäßigen Wuchers, die beschränkten Erträge und die sich abzeichnende Wirtschaftskrise würden zu anderen Zeiten viel weiter gehende Erörterungen auslösen als jetzt in der Zeit des Aufwandes. Dennoch hat aber der Krieg auch direkt auf das Problem, die für die Arbeitskraft von großer Wichtigkeit sind, während der jetzigen Zeit nicht bloß auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Massenstreik zur Erreichung bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Ziele. Ihnen können heute nicht auf alle jene Gründe zurückkommen, die früher hier und gegen den Massenstreik angeführt wurden, darum wollen wir nur ganz kurz daran erinnern, daß die sogenannten staatsrechtlichen Organe einen Massenstreik der Arbeiter stets als eine Art Meuterei betrachten, die mit allen staatlichen Machtmitteln unterdrückt werden müsse. Wir wollen nur ganz kurz daran erinnern, daß man einer großen Anzahl deutscher Reichsgenossen kurzgebend das Recht nahm, durch Streiks eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu erkämpfen. Als es sich um Gründe handelte, um den Landarbeitern das Recht der Vereinigung zum Zweck der Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen, da war es gerade die Möglichkeit, daß diese Arbeiter die Einzelarbeiten erledigern könnten, die gegen sie ins Feld geführt wurde. Und es wußte Menschen gar den Gedanken erwecken, durch Massenstreik einen Krieg unmöglich zu machen, da schrieb eine der tonangebenden Zeitungen: „Aus den Spalten der roten Presse ist neben der heißen Angst um den Verlust der Parteiführerinnen nur das unwürdige Benehmen hervorgehoben, daß ein Teil, wenigstens der Führer, selbst jegliches Verständnis für die Gebote der Vaterlandsliebe und des Stammehrgefühls verlor, selbst enggeblüht hat und wohl kaum allzuangelegen wäre, einen Erfolg der Parteifache mit einem Akt des Vaterlandsverraats zu erlangen!“

Der Weltkrieg dauert jetzt 16 Monate, ohne daß sich auch nur ein Aufbegehren „Vaterlandsverrat“ der Sozialdemokratie nachweisen ließe. Die gab es für die Arbeiter-schaft eine Zeit, die günstiger gewesen wäre zur Erlämpfung politischer Rechte als jetzt. Heute besteht für einige Millionen Berg- und Metallarbeiter eine, vielleicht in einem Jahr-hundert nicht wiederkehrende, günstige Gelegenheit, frühere Niederlagen wettzumachen und zugleich ihre Lebenslage für die Zukunft gewaltig zu verbessern. Aber die Arbeiter-schaft denkt gar nicht daran, diese Zeit der Not für sich auszu-

nügen. Ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dem Wohle des Volksganges läßt sie lieber das Unrecht früherer Zeiten weiter tragen, um den Sieg im schweren Ringen zu ermöglichen. Und trotz dieser Entfaltung ist zurzeit der Massenstreik in vollem Gange. Zwar nicht der Massenstreik der Arbeiter, sondern der Massenstreik jener, deren Mund vor dem Kriege von patriotischer Entrüstung über die „vaterlandsliebenden“ Sozialdemokraten überfloss; die sich nicht gegen den Streik, sondern gegen die „Staatsverhaltnisse“ feien, sie arbeiten jetzt mit aller gesammten und ungeheurer Kraft gegen den Staat. Warum? Welche Rechte haben sie? Verlangte der Staat oder das Reich ungeduldrer Weise von ihnen, daß sie besondere Lasten auf sich nehmen sollten? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Während man den Arbeitern, Handwerkern, Privatbeamten und kleinen und mittleren Geschäftsleuten vom Tage ihrer Einberufung an entzogen gang oder doch zum größten Teil ihre Arbeitskraft, während sie während der Kriegszeit auch noch einen erheblichen Ansehensdienst. Und nun streifen sie, weil sie glauben, ohne zu können, weil ihnen die Art, wie die Behörden die Befehle anwenden, nicht gefällt. Was kümmert es sie, ob Befehle durch ihre Selbsttätigkeit geschädigt wird oder nicht. Was ihrhaben das deutsche Volk zur Hilfe fahren, wenn nur ihre Gabeln gefüllt wird. Fürwahr, diese „patriotischen“ Wände tragen wunderbare Früchte.

Der wenigen Wochen erst erlebten wir die längst notwendigen Verordnungen über Höchstpreise für einige der wichtigsten Lebensmittel, und schon häufen sich die Klagen über die Zurückhaltung der Lebensmittel vom Markt ganz bedeutend. Von allen Enden und Ecken kommen Mitteilungen, daß die Händler und Landwirte streiken, um die Behörden zu höheren Preisfestsetzungen zu zwingen. In Berlin werden die Schlichterungen, die festgesetzten Höchstpreise dadurch zu umgehen, daß sie den Preis von M. 1,40 für frisches Fleisch als Höchstpreis für alle Fleischsorten festsetzt. Dagegen müßte die Behörde einschreiten. In Hamburg ist zur Zeit der Preis für gefrorenes Schweinefleisch um 1/3 geringer als der für frisches, aber das letztere ist nur in sehr geringen Mengen zu haben. Aus Chemnitz wird berichtet, daß dem Markt noch nie so wenig Schweine zugeführt wurden als in den letzten Tagen. Daß sich nach Angabe der Händler, darauf zurückzuführen, daß die Behörden festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. Eine gleiche Meldung aus Braunschweig lautet, daß vor der Festsetzung der Höchstpreise der Markt sehr stark war. Die „Deutsche Fleischzeitung“, das Organ der Fleischhändler, teilt mit, daß die Landwirte sich weigern, ihre Schweine zu den Preisen zu verkaufen, die dem Höchstpreis entsprechen würden, sondern sie verlangen den vollen, für den Großhandel festgesetzten Höchstpreis. Aufschluß gibt die Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt. Der Deutsche Kartoffel-Großhändlerverband teilt folgendes mit: Es ist dem Großhandel nicht möglich, Kartoffeln in genügenden Mengen und in der gewöhnlichen Weise wieder im freien Verkehr nach auf Grund von Bezugsverträgen der Kommunalverordnungen zu den festgesetzten Höchstpreisen vom Landwirt zu erhalten. Infolgedessen ist in den Städten ein großer Kartoffelmangel eingetreten, der um so bedenklicher erscheint, als die Händler keine Ware auf Lager haben und der Winter vor der Tür liegt. Sollten auch in der nächsten Zeit keine genügenden Zusätze von Kartoffeln stattfinden, so würde den Großhändlern hierfür keinerlei Schutz treffen. Wir müssen dazu bemerken, daß die letzten beiden Zeile nicht ganz zutreffen. Es gibt in den Städten Händler, die große Kartoffellager haben und die Befehle zwecks Preisfestsetzung festhalten. Ist doch vor einigen Tagen erst eine Kommission der Hamburger Kartoffelhändler bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um höhere Preise zu erzielen. Inzwischen haben landwirtschaftliche Organisationen, Landräte und konservative Zeitungen den Landwirten allerlei Mahnungen moralischen Inhalts zugehen lassen, ohne Erfolg. Von den sonstigen Gebieten des Lebensmittelmarktes werden ähnliche Nachrichten laut. Dazu kommt, daß es nicht bei dem bloßen Streik der Landwirte und Händler geblieben ist, sie sind zum Teil schon zur syndikalistischen Taktik übergegangen, indem sie passive Resistenz und Sabotage üben; denn anders kann man das Verderbenlassen von Lebensmitteln nicht begreifen.

Wie stellt sich die öffentliche Meinung zu diesem Massenstreik der „Staatsverhaltnisse“, die sich als treue Verbündete der Feinde des deutschen Volkes erweisen? Werden die Streiker nicht körperlich und seelisch gequält? Greifen die Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaft nicht mit fester Hand zu, so wie wir es gegenüber streikenden Arbeitern gewohnt sind? Und die Herren Staatsverwalter, die doch jetzt absolut in ihrem Körpergeiz herrschen, namentlich jene, die gleich nach Kriegsausbruch den Arbeitern ihre Forderungen aufgeben ließen, indem sie die Freiwilligkeit des Streikes angeblich und den Kontraktbruch freiwilliger Arbeiter unter Strafe stellen, sie machen doch jetzt gewiss von ihrem Nachmittels Gebrauch? — Im — Um! — Das geht nun leider nicht so. Denn bei der Beurteilung solcher Fragen finden sich immer genügend Sachverständige, die bereit sind, die maßgebenden Herren über die Schwere der Lage, die sich ihnen stellen werden, wenn die unterrichtende Behörde zu künftigen hat. Und wenn dann der zu unterrichtende Herr auch noch selbst landwirtschaftlich interessiert ist, was ja jetzt oft vorkommt, so ist es begreiflich, wenn der Streik der Landwirte und Händler wohlwollend beurteilt wird.

Nun möchten wir den Arbeitern keineswegs raten, etwa nach dem gleichen Rezept zu verfahren; denn dann würde

sich recht bald zeigen, daß die Regierung und die nachgeordneten Behörden, die nach schlechtmotigter Beratung schändlich hilflos gegenüberstehen, keine 16 Stunden gebrauchen, eben alles an der Auffassung. Uns fehlen ansehnlich die richtigen Anhaltspunkte. Den Streik der „Staatsverhaltnisse“ betrachten anfangs manche maßgebende Stellen sehr gut; denn „wenn es krennt unter dem eigenen Dach, dann ist das eine ganz andere Sache“.

Zum Schluß möchten wir noch auf eines hinweisen. Am 2. August 1914, am Tage nach der Kriegserklärung, schrieb das konservative Blatt zur Bekämpfung der deutschen Arbeiterchaft, die „Deutsche Arbeiterzeitung“: Die Diktatur der revolutionären Phrasen ist gebrochen; nicht durch das Eingreifen der Staatsgewalt, sondern durch die Anwendung des Selbstschutzes. Und nur die eine Lehre wird hinübergetragen sein in späteren, ruhigen Zeiten, daß diejenigen einwillig unredt begreifen, die von der sozialdemokratischen Bewegung jemals auch nur ein Quentchen Einsicht und Einsicht erloschen! — Und wie ist es heute? Sehen wir an und an Stelle der Wörter „revolutionären“ das Wort „patriotischen“ den Begriff von dem angeblich staatsverhaltenden Maulheldentum, so haben wir die nächstliegende Darstellung der augenblicklichen politischen Lage in Deutschland. Noch mehr als vor dem Kriege hängt jetzt das Bestehen Deutschlands von dem mutigen Verhalten der ärmlichen Bevölkerung ab. Jene aber, die vor dem Kriege nur mit Hoch und Heerung von uns sprachen, die sich damit brühten, daß sie und nur sie allein die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen, die sich stolz als staatsverhaltend bezeichneten, die dafür vom Staat verachtet sind und allerlei Ehrenstellen gebracht wurden, in denen sie noch heute, trotz Massenstreik und Wucher, sitzen — für jene gilt das Wort: Ihr seid gewogen und zu leicht befunden!

### Deutschlands Grundlage vor dem großen Kriege.

Von einem Volkswirtschaftler.  
(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Nach maßgebender Annahme betrug die Einwohnerzahl Deutschlands seit Beginn des 19. Jahrhunderts während der 18 Jahrhunderte zusammen höchstens 30 Millionen. Das 19. Jahrhundert allein erhöhte diese Zahl um 30 Millionen, also über das Doppelte hinaus. Deutschland zählt jetzt 120 Millionen auf dem andern Erdteil — nur noch von Großbritannien übertrafen wird. Wie die Bevölkerungszunahme war zugleich auch die sogenannte Bevölkerungsagglomeration Deutschlands (das Zusammenrücken auf einzelnen Punkten) in dem einen Jahrhundert mächtiger als je zuvor. In dieser Zeit beginnt eigentlich erst die moderne Städtebildung; das Zeitalter der Großstädte beginnt. Bis gegen Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Preußen nur 28 pZt. der Bevölkerung in Städten, die damals noch recht klein und unbedeutend waren; in Königreich Sachsen wohnten 668 040 Personen in 142 Städten und 231 791 auf dem Lande. Noch geringer war in andern deutschen Staaten das Verhältnis der städtischen Bevölkerung zur ländlichen; so in Bayern von 19: 578, in Württemberg 100: 400, in Baden, Hessen-Darmstadt und Hannover 100: 660. In Preußen gab es damals überhaupt nur 15 Städte mit mehr als 80 000 Einwohnern, in Sachsen nur 5 mit über 10 000.

Mit den 1850er Jahren beginnt ein merkwürdiger Wandel, der immer schneller größere Kreise zieht. Es lebten im deutschen Reich in Städten überhaupt: im Jahre 1871 36,1 pZt. der Bevölkerung, 1875 39 pZt., 1880 41,4 pZt., 1885 43,7 pZt., 1890 47 pZt., 1895 49,8 pZt., 1900 54,3 pZt., 1905 57,4 pZt. und 1910 60 pZt.; in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern: 1871 4,8 pZt. und 1910 21,3 pZt.; in Mittelstädten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern: 1871 7,2 pZt. und 1910 13,3 pZt.; in Kleinstädten mit 5000 bis 20 000 Einwohnern: 1871 11,2 pZt. und 1910 14,1 pZt.; in Landstädten mit 2000 bis 5000 Einwohnern: 1871 12,4 pZt. und 1910 11,2 pZt. Am auffälligsten ist also die Verdichtung der Bevölkerung im 19. Jahrhundert mußte der Wandel der Bevölkerung im 19. Jahrhundert mußte der Wandel vorantreiben. Wir besitzen aber heute nicht nur doppelt soviel Städte und Vorstädte der damaligen Zeit. Mit andern Worten: der Nationalwohlstand, der Reichtum, ist beträchtlich gewachsen, und er ruht wieder zu neuen Unternehmungen und zu größerer Produktion an. Einen Teil dieses Nationalreichtums bildet das „Volkseinkommen“, das in den Verlehrsnetzen und Verkehrsmitteln, in den Fabriken, Gebäuden, Eisenbahnen und dergleichen angelegt ist, der andere Teil wird als „Volkseinkommen“ verbraucht oder kapitalisierend angelegt. Nach der Eigenart unserer Zeit wird wie bisher unter Wirtschaft wohl das Volkseinkommen in größerem Maße als das Volkseinkommen. Die neue Zeit zeigt auch die ausgeprägte Neigung, die räumlichen Grenzen ins riesige auszudehnen. Man denke nur an die jetzigen Ausnahmehäufigkeit der Städte, Straßen, Verkehrsnetze und öffentlichen Gebäude, der Fabriken, Schiffe usw.

Bei all diesen mannigfaltigen Vorgängen ist nur schlechterdings ein Mangel, an Bekanntheit nicht mehr zu denken. Nicht mit Unrecht ist es überhäufige Tagen geradezu zu einem geflügelten Worte geworden. Immer Neues, immer Anderes,

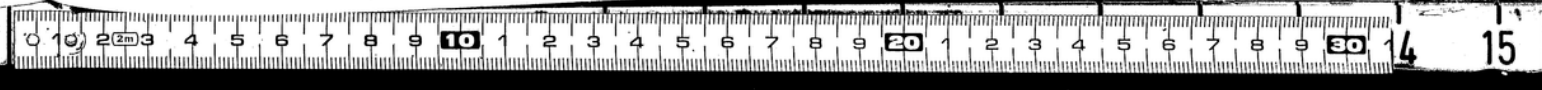
was noch nie dagewesen ist, soll erreicht werden. So jagt denn ein Verfall, eine Einrichtung die andere. Wir befinden uns tatsächlich „im Wechsel der Zeit“. Die ganze umgebende Materie muß nach Form und Art unaußersichtlich in jeder Gestalt an sich erfordern. Gemessen auf alle die unzählbaren Gegenstände, welche Vorräte, welche Umordnungen auf jeglichem Gebiete bewirkt nicht die Mode. Nichts hat der Mensch vom Scheitel bis zur Sohle, nichts in näherer und weiterer Entfernung, was dem Einflusse dieses steten Wechsels entzogen wäre. Eine wachsende Unruhe ist über den Einzelnen, eine steigende ökonomische Unsicherheit über das Wirtschaftsleben gekommen. Die allgemeine Unsicherheit des öffentlichen und Verkehrslebens ist zwar infolge trefflicher Maßnahmen zu wohlthuerender Beseitigung geblieben, aber die folgende Existenzunsicherheit drohend ihre schrecklichen Kräfte entfalten. Durch zunehmende Spezialisierung oder Differenzierung, durch Revolutionierung der Produktions- und Verkehrsnetze und durch die unheimliche Ausdehnung der Kreditwirtschaft das neuzeitliche Wirtschaftsleben derart verwickelt worden, daß ihm fest und ständig der Boden unter den Füßen schwand. Sombart brüht dies so aus: „Man geht das Gespenst des „wirtschaftlichen Ruins“ in den entlegensten Alpenländern um, es haßt bei dem kleinen Krämer hinter dem Ladentisch, auf der Hotelbank des Handwerkers und schreckt den ostelbischen Gutbesitzer, wenn er zur Jagd abreist.“

Und nicht allein das Wirtschaftsleben hat unter dieser Unsicherheit zu leiden, nein, tatsächlich ist der ganze Mensch diesen mächtigen Erschütterungen ausgesetzt, die ihn nur zu oft zerrütten. Nicht grundlos hat unsere Zeit den Ausdruck „Mobilisierung des Grundeigentums“ geprägt. Stadt und Land werden in gleicher Weise betroffen. Durch Kurzstöße und Bankrotte sind heutzutage auch kleinere Vermögen in Mitleidenschaft gezogen. Selbst die Arbeit ist der allgemeinen Unsicherheit rücksichtslos anheimgefallen; bedroht doch eine „Krisis“ sofort eine Unmasse von Existenzen sowohl der arbeitenden und handwerksmäßigen wie der liberalen Berufe.

Das sich neuerdings in der Entstehung gemeinschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Wirtschaftsformen eine Gegenentwässerung gegen die kapitalistische Entwicklung herausgebildet hat, bezeichnet Sombart als „Anfänge zu einer Neuordnung der Dinge“. Alles ist mitten in regsamem Fluße begriffen. Etwa 11 Milliarden Menschen werden jetzt alljährlich von den vollpupigen Eltern allein befruchtet; beinahe 2 Milliarden benutzen die städtischen Straßenbahnen und vielerlei noch eine Milliarde Drahten oder Privatfahrwerk. Durchschnittlich bedient sich jeder Einwohner des Deutschen Reichs im Laufe des Jahres fünf- bis sechsmal einer Fahrgelegenheit. Welche Verkehrsleistungen finden ferner nicht an ein und demselben Orte statt. In Breslau ist am jährlichen Wohnungswechsel ungefähr die Hälfte seiner Bevölkerung beteiligt. In einem Jahre betrug in Berlin die Zahl der Zugewogenen 235 611, der Abgewogenen 178 654; in Hamburg 108 281 und 86 245. Der Regierungsbürger Marienwerder lebte von 1905 bis 1910 fast 6000 Meilen, deren Hauptstrecken sich nach Berlin oder nach den Regierungsbürgern Düsseldorf und Münster wandte. Die Bodenfruchtbarkeit tritt immer mehr zurück, die „Ortsgebürtigkeit“ verringert sich ganz bedeutend. Schon 1871 wurde für Bayern festgestellt, daß in den Orten über 2000 Einwohner von je 1000 Personen nur 573 im Geburtsort, dagegen 373 im übrigen Bayern, 38 in andern deutschen Staaten und 16 im Ausland geboren waren. Für das platte Land ergaben sich entsprechend die Zahlen 846, 138, 9 und 7. Von der bayerischen Großstadtbevölkerung kamen aber 1890 von 1000 Einwohnern nur 473 auf Ortsgebürtige. In Preußen waren 1905 nur noch 49,6, in kleinen Städten nur 44,3 pZt. gebürtig. Von der Einwohnerzahl des Reiches Berlin waren 52,06 pZt. in andern preussischen Saisonarbeitern (Schlagungänger herbei, die wie Zugvögel hin- und herwandern. Mit den nachziehenden Fremdlingen aus den russischen und galizischen Nachbarrprovinzen wird ihre jährliche Zahl auf etwa 300 000 geschätzt. Rechnet man noch hinzu, daß Deutschland im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wenigstens 5 Millionen Menschen durch überseeische Auswanderung verloren hat, sowie die Milliarden von Weisenden, so ergibt sich das Bild einer ganz gewaltigen Wanderbewegung. Die alte fäulereisere zusammengekommen tumhoch übertrag.

Alle diese Vorgänge trugen nun wesentlich dazu bei, die Kultur des Reichs beträchtlich zu vergrößern. Durch den zunehmenden Reichtum mehrte sich nicht nur die Zahl der Gelehrten, Künstler, Dichter und Musiker, sondern ihre Werke wurden auch immer weiteren Kreisen zugänglich. Die ganze literarische und künstlerische Produktion hat sich mächtig gesteigert. Während zum Beispiel im Jahre 1801 nur 3900, 1811 nur 3176 und 1821 nur 4375 Werke im Druck erschienen, betrug ihre Zahl im Jahre 1850 schon 9058, und seitdem betrug sie sich noch einmal mehr als verdreifacht; sie betrug nämlich 1910 auf 24 792 und 1911 auf 32 998 neue Bücher. Am Anfang des 19. Jahrhunderts kam erst auf etwa 3000 Einwohner ein selbständiges ungedrucktes Werk, jetzt schon auf etwa 2000. Dabei hat sich aber die durchschnittliche Auflage der Bücher auch noch entschieden erhöht. Möglich wie die Bücher hat sich auch die Bilderproduktion und unter dem Einflusse des Kapitalismus wirksam entfaltet und unter dem Einflusse der durchgeführten Verbilligung klassischer Kunstwerke und guter wiedergegeben. Gemacht sei nur an die billigen Klassikerausgaben, die Neclamische und Meyerische Volksbibliothek und dergleichen.

Wir  
Bor-  
den.  
In  
das  
57  
item  
solte  
dies  
den  
jett  
mehr  
weise  
den-  
den  
unter  
nur  
Bei  
den  
weiter  
men  
ein  
trabe  
em-  
jett  
en d  
er  
e  
u  
e  
dunde  
gert,  
(In  
elter  
10  
4  
nach  
bediet  
3  
4  
klohn  
jede  
Behor  
nennig  
Bezug-  
ingen  
sich ist  
in sich



Auch von Staats wegen wurde die allgemeine Bildung zielbewusst gefördert, hauptsächlich durch die Hebung des Volksschulwesens. Im Jahre 1892 gab es in Preußen nur 20 440 öffentliche Volksschulen mit 1 427 045 Schülern, im Jahre 1911 waren die entsprechenden Zahlen 88 684 und 6 572 074, während die Bevölkerung sich nur von 11,6 auf 40,5 Millionen vergrößerte. Noch bedeutender war aber die Zunahme der Lehrkräfte, die in der Zwischenzeit der angeführten Jahre von 22 280 auf 117 184 Köpfe anwuchs. Daß unsere gut ausgebildeten Lehrer ganz andere Ergebnisse des Unterrichts zuwege bringen als die ausgedienten Feldweibel vor hundert Jahren, liegt auf der Hand. Auch das höhere Bildungswesen wurde gefördert. Die steigenden Zahlen des preussischen Stats zum Beispiel waren: 1850 etwa 10, 1867 etwa 15, 1901 schon 145 und 1911 sogar 280 Millionen Mark. Unheimlich hat allerdings die Zahl der Studierenden zugenommen. Im Jahre 1880 studierten an deutschen Universitäten erst 15 870, 1899 bereits 38 000 und 1911 68 000 Personen. Auf 100 000 Einwohner kamen 1885 und auch noch 1875 etwa 38 Studenten, 1880 aber schon 46, 1885 57, 1899 60 und 1911 über 100. Außer den Universitätsstudien wurden aber 1911/12 noch 35 634 Personen geprüft, die an technischen, landwirtschaftlichen, Handels- und anderen Hochschulen studierten.

Oeffentliche Bibliotheken, Gesellschaften, Museen, öffentliche Konzerte und Theaterveranstaltungen, vollständige Bildungstafel und Wandertafeln, zoologische und botanische Gärten vermitteln den weitesten Schichten der Bevölkerung Bildungsstoff jeder Art. Dazu kommt die ausgedehnte Verbreitung der Zeitung, die durch ihre Billigkeit sich den Eingang in fast jede Familie verschafft hat. Im Jahre 1824 erschienen in Preußen nur 845 Zeitungen und diese nur in bescheidener Auflage; 1869 betrug die Zahl 2127. Dagegen stieg die Zahl der im ganzen Deutschen Reiche beförderten Zeitungsnummern von 519 798 000 des Jahres 1885 binnen 15 Jahren auf 1 481 706 000 und von 1900 bis 1910 noch weiter auf 1 878 283 590, zu denen noch 213 670 400 außereuropäische Zeitungsnummern zu rechnen sind. Kurzum, der tote Stoff, mit dem das verflochtene Menschen die Kulturänder in so reichem Maße überschüttet, hat auf der ganzen Linie den Sieg über den lebendigen Menschen davongetragen. Was wir selbst erst mit so viel Aufwand von Geist und Kraft aus uns heraus geschaffen haben, zwingt uns bedingungslos, wie es scheint, unter seine Herrschaft; also daß wir mit einer feinen Abänderung auf unsere Zeit den Spruch anwenden können: „Am Ende hängen wir doch ab von Sachen, die wir selber machten.“ Ueberrispt auch der neuzeitliche Reichtum an Sachgütern den jeder Vorzeit, so finden wir doch, daß mit dem zunehmenden Reichtume in noch eiligerem Tempo die Bedürfnisse gewachsen sind, und daß von dem Elaven seiner Bedürfnisse das alte Wort gilt: „Je mehr er hat, je mehr er will; je schweigen seine Klagen.“ Die edlen Regungen des Herzens finden vielfach in dem Strudel der Sinnesfreuden, in dem Jagen nach Befehl und verdienerten

Genuße ihr natürliches Grab; im Innern des modernen Menschen entsetzt nicht selten eine öde Leere. Es wächst ein neues Geschlecht, ein Typus „Durchschnittsmensch“, heran; durch die Eigenart unserer Technik ist eine neue Kulturbasis geschaffen, eine neue Kultur entstanden, die man mit dem unschönen Ausdruck „Mittelkultur“ belegt.

### Die Arbeitslosigkeit im September.

Von 873 vorhandenen Zweigvereinen berichteten im September 827 über die Arbeitslosigkeit. Diese hatten 90 819 Mitglieder, von denen sich 2220 = 2,4 pzt. arbeitslos meldebten. Im August hatten sich in 801 Zweigvereinen unter 93 744 Mitgliedern 2785 = 3,0 pzt. arbeitslos gemeldet. Am letzten Werktage des Monats blieben 694 Mitglieder = 0,7 pzt. arbeitslos gegen 826 = 0,9 pzt. im August. Zum Vnderst der erststen Mitglieder ging das Verhältnis der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen um 0,6, das Verhältnis der am Monatschluß arbeitslos gebliebenen um 0,2 zurück. Diese Abnahme der Arbeitslosigkeit erstreckte sich über alle Landessteile, ausgenommen Bommern, Rheinprovinz und Westfalen, wo die Arbeitslosigkeit um 0,1 bis 0,3 pzt. größer war als im Vormonat, und Brandenburg, Provinz Sachsen, Thüringen und Westfalen, wo dies Verhältnis mit dem Vormonat gleichstand. Am stärksten war die Abnahme bei der insgesamt gemeldeten Arbeitslosigkeit in Elsaß-Lothringen; sie ging von 15,9 pzt. im August auf 9,8 im September, somit um 6,1 pzt. zurück. Berlin hatte in der letzten Woche des Monats unter 5963 Mitgliedern 126 Arbeitslose = 2,1 pzt. gegenüber 2,3 pzt. im August. Berlin mitgerechnet, stellt sich der Reichsdurchschnitt auf 2,0 Arbeitslose = 0,7 pzt. von 96 787 Mitgliedern. Es ist dies das erste Mal, daß die Arbeitslosigkeit Berlins den Reichsdurchschnitt nicht übersteigt.

Auf die 2220 arbeitslos gemeldeten Mitglieder entfielen 22 054 Arbeitslosentage, auf ein arbeitsloses Mitglied durchschnittlich 10,1, im August 10,6 Tage. Die Dauer der Arbeitslosigkeit zeigte somit im Reichsdurchschnitt wieder eine kleine Abnahme. An dieser Abnahme waren aber nur fünf Landessteile beteiligt, nämlich Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Westfalen, Königreich Sachsen, Bayern und Elsaß-Lothringen. In diesen Landessteilen war die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit um 0,4 bis 1,9 Tage länger, in den übrigen Landessteilen um 0,4 bis 2,3 Tage länger als im August. Von den 2220 gemeldeten Arbeitslosen fielen im Berichtsmonat 1114 = 50,2 pzt. bis zu 9 Tagen, 414 = 18,6 pzt. bis zu 12 Tagen, 259 = 11,4 pzt. bis zu 18 Tagen, 164 = 7,4 pzt. bis zu 21 Tagen und 275 = 12,4 pzt. länger als 24 Tage. Bei 834 = 37,6 pzt. der Arbeitslosen hatte die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. September begonnen. Von den Arbeitslosen fanden 1092 = 49,2 pzt. (im August 54,6 pzt.) Arbeitsgelegenheit, und zwar 939 = 42,8 (48,4) pzt. im Baugewerbe und 153 = 6,9 (6,2) pzt. in anderen Be-

rufen. 257 Arbeitslose = 11,6 (8,4) pzt. reisten ab und 277 = 12,5 (7,8) pzt. siedelten aus andern Gründen aus der Kontrolle aus. Die am Monatschluß arbeitslos gebliebenen 694 Mitglieder betragen 26,7 (29,7) pzt. der gemeldeten Arbeitslosen.

Monat	Ergebnis Mitglieder		Arbeitslos waren				Arbeitslosentage	
	im Monat	am letzten Wert- tage	am Monats- schluß	am letzten Wert- tage	aus dem Monat	aus dem Monat	aus dem Monat	
1914								
Septbr.	675	152840	87565	24,6	17109	11,2	14,1	13,3
Oktober	760	157266	28898	18,3	14172	9,0	14,2	10,0
Novbr.	733	150441	25071	17,3	14269	9,5	13,4	9,7
Dezbr.	732	138040	22224	16,1	13503	9,5	14,8	9,5
1915								
Januar	800	137183	29368	20,7	19813	14,1	15,0	12,4
Februar	770	125106	28273	22,6	14281	11,4	14,6	13,7
März	793	117736	29665	20,1	8746	7,4	14,4	10,5
April	803	112827	10344	9,2	2940	2,6	11,3	4,3
Mai	802	108460	5113	4,7	1897	1,7	11,4	2,2
Juni	792	101325	4101	4,0	1249	1,2	11,4	1,8
Juli	797	96314	3863	3,5	1046	1,1	10,2	1,3
August	801	92744	2785	3,0	826	0,9	10,6	1,2
Septbr.	827	90819	2220	2,4	594	0,7	10,1	0,9

Auch diese Zusammenstellung läßt den anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Dieser war anscheinend zum August zum September noch stärker als vom Juli zum August. Da aber im September 26 Zweigvereine mehr berichtet als im Monat zuvor, und zwar meistens Zweigvereine ohne Arbeitslosigkeit, die sehr wahrscheinlich auch im Vormonat keine Arbeitslosigkeit hatten, so darf angenommen werden, daß sich auch schon in den Monaten Juli und August ein niedrigerer Stand der Arbeitslosigkeit ergeben hätte, wenn die neu am Bericht beteiligten Zweigvereine schon früher berichtet. Gegenüber der vor einem Jahre festgestellten Arbeitslosigkeit ist die jetzige fast bedeutungslos. Die Ueberlast zeigt aber auch, wie der Krieg auf die Mitgliederzahlen wirkte. Obwohl diesmal rund 150 Zweigvereine mehr berichtet als vor einem Jahre, ist die Zahl der erststen Mitglieder um etwa zwei Fünftel zurückgegangen. Die auf 100 kalendermäßige Arbeitstage berechnete Arbeitslosigkeit ist auf 0,9 Tage gesunken. Von den 26 Werttagen des Berichtsmontats sind das 0,2 Tage. Soweit der gestiegenen Arbeitslosigkeit entfielen auf jedes von der Statistik erfaßte Mitglied, wenn die vorhandene Arbeitslosigkeit auf alle gleichmäßig verteilt werden könnte.

Von den einzelnen Berufen hatten Tischleger und Schaffner am diesem wieder verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen. Bei den Tischlegern gab es unter 626 Be-

### Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat September 1915.

Landesteile	Anzahl der arbeitslosen Mitglieder	Mitglieder am Schluß des Monats										Im Laufe des Monats arbeitslos gemeldet										Arbeitslose im	
		Insgesamt	Männer	Frauen	Wochen- arbeiter	Schul- arbeiter	Mittel- arbeiter	Stiller	Un- arbeiter	Insgesamt	aus dem Monat	Männer	Frauen	Wochen- arbeiter	Schul- arbeiter	Mittel- arbeiter	Stiller	Un- arbeiter	ausgesamt	abgerufen			
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	47	3 601	2 326	1 196	37	19	2	10	40	1,1	32	7	1	1	1	1	1	1	1	3	2		
Bommern	57	1 994	1 466	495	3	4	9	1	16	62	3,1	46	13	1	1	2	1	1	1	1	2		
Sachsen	57	4 685	2 971	1 305	22	51	26	5	5	74	1,6	50	19	1	4	1	1	1	1	1	16		
Provinz Brandenburg ohne Berlin	81	4 375	3 506	823	4	10	8	26	57	1,3	50	37	1	4	1	1	1	1	1	1	10		
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	153	12 944	10 006	2 781	17	40	5	13	89	1,6	50	19	1	1	1	1	1	1	1	1	8		
Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	16	6 515	3 573	1 704	222	203	64	24	725	7,0	1,1	32	22	7	5	2	1	1	1	1	8		
Rheinprovinz	15	4 494	2 245	1 283	179	491	111	53	72	127	2,9	31	20	9	40	17	10	10	19	40	1		
Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	18	2 733	1 654	716	79	76	29	13	166	1,4	0,5	9	3	1	2	1	1	1	1	1	1		
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	74	7 881	4 819	2 255	80	70	21	99	607	8,0	1,0	64	14	1	1	1	1	1	1	1	3		
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	78	7 392	4 090	2 388	323	237	183	34	117	404	5,5	257	93	1	80	23	1	1	1	1	3		
Weide Westfalen	64	2 184	1 595	613	1	1	1	1	84	27	1,2	26	1	1	1	1	1	1	1	1	78		
Königreich Sachsen	73	19 551	11 894	6 739	144	158	62	97	457	707	3,6	479	164	1	37	18	3	5	13	20	1		
Bayern ohne Rheinpfalz	68	7 570	3 221	3 196	80	391	87	24	621	273	3,6	175	41	1	34	4	1	19	19	19	60		
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	29	4 662	2 680	1 177	159	449	68	18	146	94	2,0	55	9	1	27	3	1	1	1	1	1		
Elsaß-Lothringen	7	368	163	164	11	21	2	1	6	36	9,8	18	10	1	7	1	1	1	1	1	1		
Im ganzen Reiche	827	90 819	56 549	26 685	1331	2921	626	317	3090	2220	2,4	1443	454	11	195	77	4	36	65	257	1		

Landesteile	Arbeitslos geblieben		Anzahl der arbeitslosen Mitglieder	Anzahl der arbeitslosen Mitglieder	Arbeitslos im Laufe des Monats waren										Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos										Arbeitslosen- entage
	im Monat	am Monats- schluß			am letzten Wert- tage des Monats	am letzten Wert- tage des Monats	bis 7 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	über 24 Tage	bis 7 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	über 24 Tage	bis 7 Tage	7 bis 12 Tage	13 bis 18 Tage	19 bis 24 Tage	über 24 Tage				
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	23	8	—	6	0,2	26	8	2	2	2	3	3	1	1	1	1	1	1	1	1	314	7,8			
Bommern	29	4	—	27	1,4	34	7	2	2	17	6	1	3	1	1	1	1	1	1	1	710	11,6			
Sachsen	31	7	—	20	0,4	32	20	10	4	8	9	8	4	2	8	7	7	7	7	7	781	10,5			
Provinz Brandenburg ohne Berlin	22	7	—	18	0,4	22	11	12	4	8	5	1	4	7	6	6	6	6	6	6	685	12,0			
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	67	14	5	41	0,5	60	37	19	12	27	20	11	5	9	18	18	18	18	18	18	1 895	12,2			
Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	32	8	4	22	0,3	28	18	14	8	7	8	5	5	6	7	7	7	7	7	7	791	13,1			
Rheinprovinz	49	3	1	34	0,4	40	32	30	12	13	10	6	3	5	6	6	6	6	6	6	1 665	11,3			
Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	6	—	2	5	0,2	6	4	1	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	153	10,9			
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	34	10	1	32	0,4	31	20	10	6	13	9	6	3	1	11	11	11	11	11	11	925	11,6			
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	114	12	128	72	1,0	248	71	6	4	27	18	38	26	9	7	7	7	7	7	7	2 704	6,7			
Weide Westfalen	13	3	—	11	0,5	8	6	4	4	5	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	872	13,8			
Königreich Sachsen	333	35	111	169	0,9	494	120	53	47	65	58	64	24	23	53	53	53	53	53	53	5 959	8,4			
Bayern ohne Rheinpfalz	133	28	3	78	1,0	98	44	38	31	62	33	27	23	23	46	46	46	46	46	46	3 786	13,9			
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	46	5	21	21	0,5	48	9	10	5	27	3	6	6	6	13	13	13	13	13	13	1 164	12,1			
Elsaß-Lothringen	7	9	1	18	4,9	13	7	4	5	7	7	7	6	6	2	2	2	2	2	2	450	12,5			
Im ganzen Reiche	939	158	277	594	0,7	1 114	414	253	164	275	242	187	96	102	207	207	207	207	207	207	22 354	10,1			

teiligen 77 Arbeitslose = 12,3 (11,9) pSt. bei den Stufatzen unter 2221 Beteiligten 195 Arbeitslose = 8,6 (10,2) pSt. Die Maurer überrogen mit 1448 Arbeitslosen = 3,6 (3,1) pSt. von 59 549 Mitgliedern eben noch den Fleischbeschäftigten...

Arbeitslosigkeit in Deutschen Bauarbeiterverbänden.

Ergebnis der 46. Woche (Montag, 15. November). In der Berichtswoche waren 870 Zweigvereine vorhanden, von denen 844 mit 90 701 Mitgliedern berichtet haben. Es ist demnach seit der Vorwoche 1 Zweigverein hinzugekommen; die Zahl der berichtenden Vereine hat sich um 4 und die Zahl der Mitglieder um 587 verringert.

Die Arbeitslosenunterstützung haben 502 Mitglieder = 0,55 pSt. der Gesamtmitgliedschaft erhalten. Die Zahl der Unterstüzungsempfänger ist um 122 = 0,13 pSt. gestiegen.

Table with 4 columns: Bezirk, Zahl der Zweigvereine, Zahl der Mitglieder, Zahl der Arbeitslosenunterstützung. Rows include Königsberg, Bromberg, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Göttingen, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Holst, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, and a total row.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Berichtslage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Maurer, Fleischbeschäftigte, Zimmerleute, Klempner, Tischler, Schlosser, Klempner, Klempner, Klempner. Rows include Königsberg, Bromberg, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Göttingen, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Holst, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, and a total row.

Berichte.

Frankfurt a. M. Am 14. November tagte unsere Generalversammlung für das zweite und dritte Quartal. Sie war besetzt von einem Mitglied des Bezirksausschusses, sieben Mitgliedern des Zweigvereinsvorstandes, einem Delegierten, einem Ortsvertrauensmann für Genuß, drei Vertretern der Spezialgruppen, 83 Delegierten aus 74 Orten, darunter zehn Frauen und fünf Kollegen mit Doppelpass. Heidemann bekannt, daß die Lagerordnung gab Kollege...

Noble Arbeitsbedingungen.

Die in Gasse 13. anläßliche Firma „Westfälische Bauindustrie“ sucht für das westliche Kriegsgebiet Erdarbeiter zu folgenden Arbeitsbedingungen: 1. Es werden nur Erd- und Straßenbauarbeiter angenommen. Diese müssen deutsche Mundart sprechen...

Generalverwaltung muß im Interesse des Heeres auch Sonntags und nachts gearbeitet werden. Auch für Sonntagarbeit und Nachtarbeit wird nur der wertigste Lohn gezahlt, doch behält sich die Generalverwaltung eine Belohnung für besondere Leistungen vor. 5. Schachmeister erhalten einen wertvollen Tagelohn von M. 6,50 ohne Rücksicht auf die Arbeitszeit. Im übrigen gelten für Schachmeister die gleichen Bedingungen wie für Arbeiter. 6. Die Teilnehmer am Transporte erhalten von Gasse 13. bis zum Bestimmungsorte und beim Rücktransport bis Gasse 13. freie Fahrt. Wohnzahlung findet für die Reisetasche nicht statt. 7. Außer freier Hin- und Rückreise, wie in 6. erhalten Arbeiter und Schachmeister freie Verpflegung und freie Unterkunft wie die Mannschaften des Heeres. 8. Von der Firma erhalten die Teilnehmer zwei Schlafdecken, ein Geschloß, einen Trinkbecher, ein Gebetbuch und eine Kaffeehölzchen zum Eigentum. Die Firma ist berechtigt, den Betrag von M. 12,50 hierfür in zwei gleichen Raten bei den ersten monatlichen Lohnzahlungen abzulassen. Bei etwaigen früheren Austritt muß die Zahlung des gesamten veranschlagten Betrages erfolgen. 9. Unterzeichneter verpflichtet sich, auf die Dauer von mindestens drei Monaten im Dienste der Firma im Operationsgebiet zu bleiben. 10. Unterzeichneter unterstellt sich den Kriegsgesetzen und der Disziplinarordnung für das Heer. Die Generalverwaltung hat jederzeit das Recht, die sofortige Entlassung zu verfügen. 11. Von Arbeitern, welche die Arbeit böswillig verüben, wird für den betreffenden Tag das Bestallungsgeld mit M. 1,20 eingezogen. Leute, welche nicht gutes Schicksal und kurze Kleidung besitzen, werden zurückgewiesen und haben keinen Anspruch auf Entschädigung für eventuellen Reiterverlust. Es wird ausdrücklich erklärt, daß keine sonstigen Vereinbarungen getroffen sind.

Man wird gerade nicht behaupten können, daß diese Arbeitsbedingungen glänzend seien. Man wird auch nicht behaupten können, daß sie der jetzigen Zeit entsprechen. Wir wissen nicht, was die Bedingungen aufwägen, aber der es gewohnt ist hat entweder geahnet oder ohne Gehörformel gehandelt, sonst hätte er sich sagen müssen, daß Arbeiter für M. 4,50 und M. 1,20 für Rost pro Tag nicht nach Belgien gehen werden, weil sie in Deutschland mehr verdienen können, ohne daß sie sich deswegen freiwillig der militärischen Disziplinierung unterstellen. Was müssen wir also tun, um die zu diesen Arbeitsbedingungen nach Belgien gehen? Einem brauchbaren Schachmeister bot man schon vor dem Kriege im Jahre einen höheren Lohn. Im übrigen muß sich doch die Firma oder die Generalverwaltung darüber klar sein, daß sie bei den heutigen Lebensmittelpreisen die Leute für M. 1,20 pro Tag nur sehr mangelhaft ernähren kann, daß diese noch mindestens ebensoviel kaufen müssen. Und wie sollen dann die Familien dieser Leute leben? Die Arbeiter und Schachmeister erhalten aber neben dem Lohn und der Verpflegung auch noch freie Unterkunft, wie die Mannschaften des Heeres. Was heißt das? Ist es den Arbeitern der Arbeitsordnungen nicht bekannt, daß die freie Unterkunft für viele Mannschaften des Heeres recht oft darin besteht, daß sie die Mutter Erde des Nachts als Unterbett und den Sternenhimmel als Juckdecke benutzen? Warum hat man über diese freie Unterkunft nichts Schöneres geschrieben? Es scheint mit 15 Monaten Kriegsgefangenschaft immer noch Leute zu geben, die auch in diesen Dingen nicht umlernen können oder wollen.

„Ein schlagfertiger Bauführer.“ In Nr. 46 des „Grundstein“ haben wir mitgeteilt, daß der Bauführer Siekmann, der bei der Firma Weisse aus Halle auf deren Bauten in Pleissdorf beschäftigt ist, einige Tage nach seiner Meinung unbotmäßig großen sein sollen. Um seine rohe Tat zu rechtfertigen, sendet uns nun Herr Siekmann eine Zuschrift, in der er behauptet, die fraglichen fünf Beleglinge seien in „angenehmen Zuständen“ im Bureau erschienen. Sie hätten hier früh am Morgen erschienen, und ihrem Vorgesetzten Siekmann geschrieben, daß sie schreiben: „Sie forderten mit ganz frecher Stimme: „Wir wollen nach Halle.“ Nach meinem Betragen, warum, kam immer die Antwort, wir wollen nach Halle. Um eine Wohnzulage haben sie nicht gebeten; denn das wäre vielleicht auch die Höhe gewesen.“ Dann wird weiter behauptet, die Beleglinge hätten außer ihrem Lohn von 35 M die Stunde freies Mittagessen zu 60 M sowie freies Logis in den Baracken und alle vier Wochen freie Hin- und Rückfahrt nach Halle bekommen. Sie hätten durchschnittlich M. 24 die Woche bekommen. Es sei ihnen aber „zu wohl“ gewesen; sie hätten zu wenig verdient; in Baracken zu schlafen, hätten sie nicht mehr nötig gehabt; sie hätten sich in Mittelnberg jeder ein Zimmer gemietet, um jeden Abend ins Kino zu gehen und mehrere Tage in der Woche schlafen zu können. Mit der Zeit hätten die Beleglinge eingesehen, daß sie so nicht zurecht kämen und hätten gefordert, sie wollten nach Halle. Daß sie nun, so meint wohl der Herr Bauführer, mit einem abgebrochenen Schuppenkleid zur Aktion gebracht werden. Er scheint sogar zu glauben, daß er noch mehr gewollt sei; denn er sagt, „einige alte Mitglieder des Bauarbeiterverbandes“ seien Zeugen des Vorgefalls gewesen und hätten gemeint: „Uns wollte es freudlich nicht sein, noch nicht genug gewesen.“ Das ist eine sehr seltsame Behauptung, weil es ihnen „zu wohl“ geht und weil sie „zu viel“ verdienen. Wir glauben auch nicht, daß Kollegen von uns solche Neußerungen getan haben, wie Herr Siekmann behauptet. Wir fanden deshalb das Schreiben des Herrn Bauführers an unsern Vertrauensmann und fragten bei ihm an, wie es denn mit den Behauptungen Siekmanns stünde. Da erhielten wir nun folgende Antwort: „Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die fünf Beleglinge am fraglichen Tage betrunken gewesen sind; sie waren unmittelmäßig nach dem Vorfall in unsern Verbandsbüro, um sich als Mitglieder der Jugendabteilung abzumelden; ich habe keinerlei Angaben von Vertrauensmann und Kollegen des Bauarbeiterverbandes erhalten. Der Kollege Karl K... , alteres Mitglied, hatte am selben Tage seine Entlassung bei Weisse genommen, um bei der Firma Wobau in Arbeit zu treten. Er war im Bureau des

Vertical text on the left margin, possibly a page number or index reference.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or index reference.

